

Stand: 06.05.2024 20:32:34

Vorgangsmappe für die Drucksache 15/10700

"Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 15/10700 vom 28.05.2008
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/11120 des VF vom 10.07.2008
3. Beschluss des Plenums 15/11200 vom 17.07.2008
4. Plenarprotokoll Nr. 130 vom 17.07.2008
5. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 18.08.2008

Antrag

der Abgeordneten **Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Peter Welnhöfer** und **Fraktion CSU**

zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag

Der Landtag wolle beschließen:

Die Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag vom 9. Juli 2003 (GVBl S. 676, BayRS 1100-3-I), zuletzt geändert am 17. März 2004 (GVBl S. 168, ber. S. 589), wird wie folgt geändert:

1. § 51 erhält folgende Fassung:

„§ 51
Erste Lesung

(1) ¹Die Gesetzesvorlagen, die spätestens am Tag vor dem Versand der Tagesordnung bis 12.00 Uhr eingereicht werden, sind auf die Tagesordnung der Vollversammlung zu setzen und in Erster Lesung zu behandeln. ²Zwischen der Mitteilung der Gesetzesvorlagen an die Mitglieder des Landtags und der Ersten Lesung muss ein Zeitraum von mindestens zwei Tagen liegen. ³§ 100 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

(2) ¹Eine Aussprache findet nur statt, wenn dies von einer Fraktion oder der Staatsregierung bis zum Versand der Tagesordnung beantragt wird. ²Soweit Gesetzesvorlagen nicht im Ältestenrat behandelt worden sind, kann die beantragte Aussprache nur im Einvernehmen mit den Fraktionen erfolgen; widerspricht eine Fraktion, kann sie erst in der nächsten vom Ältestenrat vorzubereitenden Plenarsitzung erfolgen. ³In der Aussprache werden lediglich die Grundsätze der Vorlage besprochen.

(3) Wird die Gesetzesvorlage nicht abgelehnt, so beschließt die Vollversammlung, welchem federführenden Ausschuss sie zur Weiterbehandlung zuzuweisen ist.“

2. § 54 wird wie folgt geändert:

- a) Es wird folgender neuer Abs. 1 eingefügt:

„(1) Änderungen zu Gesetzentwürfen in Erster Lesung können nicht beantragt werden.“

- b) Die bisherigen Abs. 1 bis 3 werden Abs. 2 bis 4.

3. In § 60 Abs. 1 erhalten die Sätze 1 und 2 folgende Fassung:

„¹Jede Fraktion kann zu den im Sitzungsplan vorgesehenen Mittwoch- und Donnerstag-Sitzungen bzw. zu Sitzungsfolgen der Vollversammlung (außer bei Sitzungsfolgen, die ausschließlich für Haushaltsberatungen vorgesehen sind) jeweils drei Dringlichkeitsanträge (Kontingentanträge) einreichen, wobei eine Dringlichkeitsprüfung nach Abs. 4 entfällt. ²Dringlichkeitsanträge zur Vollversammlung müssen bei einer Mittwoch-Sitzung spätestens am Dienstag der Sitzungswoche um 17.30 Uhr, bei einer Donnerstag-Sitzung spätestens am Mittwoch der Sitzungswoche um 16.00 Uhr und bei Sitzungsfolgen spätestens am Dienstag der Sitzungswoche um 13.30 Uhr eingereicht werden.“

4. § 65 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Auf Antrag von einer Fraktion findet an den im Sitzungsplan vorgesehenen Dienstag- und Mittwoch-Sitzungen bzw. bei Sitzungsfolgen der Vollversammlung (außer bei Sitzungsfolgen, die ausschließlich für Haushaltsberatungen vorgesehen sind) aus aktuellem Anlass über ein bestimmtes bezeichnetes Thema, das von allgemeinem Interesse ist und die Kompetenz des Landes betrifft, eine Aussprache in der Vollversammlung statt.“

- b) In Abs. 2 Satz 1 wird das Wort „Jahresplan“ durch das Wort „Sitzungsplan“ ersetzt.

- c) In Abs. 3 Satz 2 werden die Worte „der Ältestenrat nichts anderes“ durch die Worte „nicht eine Ministerbefragung stattfindet oder der Ältestenrat etwas anderes“ ersetzt.

5. § 66 erhält folgende Fassung:

„§ 66
Ablauf

(1) ¹Die Dauer der Aussprache soll einschließlich der Redezeit der Staatsregierung auf eine Stunde beschränkt sein. ²Die Gesamtredezeit der Fraktionen wird vom Ältestenrat bestimmt, der auch die Anzahl der Redner, die jeder Fraktion zustehen und die jeweils nicht länger als fünf Minuten sprechen dürfen, unter Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der Fraktionen (d'Hondt) festlegt. ³Auf keine Fraktion darf mehr als die Hälfte aller Redner der Fraktionen entfallen. ⁴Jede Fraktion erhält mindestens einen Redner. ⁵Die Fraktion, welche die Aktuelle Stunde beantragt hat, kann einen weiteren Redner benennen, auch wenn dadurch die festgelegte Redezeit nach Satz 2 überschritten wird. ⁶Auf Wunsch einer Fraktion kann einer ihrer

Redner unter Anrechnung der auf die Fraktion entfallenden Rednerzahl bis zu zehn Minuten sprechen.
⁷Jeder Redner darf nur einmal sprechen.

(2) ¹Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen. ²Abs. 1 Satz 7 gilt in diesem Fall nicht.

(3) ¹Anträge zur Sache, Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen sind unzulässig. ²Erklärungen oder Reden dürfen nicht verlesen werden.“

6. Die Überschrift von Teil IV, 6. Abschnitt, erhält folgende Fassung:

„Interpellationen, Schriftliche Anfragen, Ministerbefragung, Anfragen zum Plenum sowie Unmittelbare Auskunftsverlangen“

7. § 72 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Ist die Antwort der Staatsregierung nicht binnen vier Wochen beim Landtag eingegangen, so steht es dem Fragesteller frei, sie entweder durch den Präsidenten monieren zu lassen oder die Anfrage zum nächsten Termin nach § 74 Abs. 1 als Anfrage zum Plenum an die Staatsregierung zu stellen; das Recht des Fragestellers, zum nächsten Termin nach § 74 Abs. 1 eine weitere Anfrage zum Plenum zu stellen, bleibt unberührt.“

8. § 73 erhält folgende Fassung:

„§ 73
 Ministerbefragung

(1) ¹Bei den im Sitzungsplan vorgesehenen Dienstag- und Donnerstag-Sitzungen bzw. bei Sitzungsfolgen der Vollversammlung (außer bei Sitzungsfolgen, die ausschließlich für Haushaltsberatungen vorgesehen sind) findet eine Ministerbefragung statt. ²Die Fraktionen haben in abwechselnder Reihenfolge das Recht, das Thema der Ministerbefragung zu bestimmen. ³Die Ministerbefragung entfällt, wenn die antragsberechtigte Fraktion von ihrem Recht keinen Gebrauch macht. ⁴Das Thema der Ministerbefragung muss von der vorschlagsberechtigten Fraktion spätestens bis zum Montag der Sitzungswoche 12.00 Uhr schriftlich beim Landtagspräsidenten eingereicht werden. ⁵Der Landtagspräsident unterrichtet die übrigen Fraktionen und die Staatsregierung hiervon unverzüglich.

(2) ¹Gegenstand der Ministerbefragung können nur Angelegenheiten sein, für die die Staatsregierung unmittelbar oder mittelbar zuständig ist. ²Mit dem vorgeschlagenen Thema kann nicht die Zitierung eines bestimmten Mitglieds der Staatsregierung verbunden werden. ³Die Festlegung der Zuständigkeit für die Beantwortung bleibt der Staatsregierung vorbehalten. ⁴Hält der Präsident das Thema für unzulässig oder für ungeeignet, führt er zu Beginn der Sitzung eine Entscheidung der Vollversammlung herbei.

(3) ¹Sofern der Ältestenrat nichts anderes beschließt, soll die Sitzung mit der Ministerbefragung beginnen. ²In der Ministerbefragung haben die Mitglieder des Landtags das Recht, Fragen an das für die Beantwortung zuständige Mitglied der Staatsregierung zu stellen. ³Jeder Fraktion steht hierfür ein Redezeitkontingent von insgesamt höchstens dreieinhalb Minuten zur Verfügung, wobei die Aufteilung der Redezeit auf einzelne Fragesteller den Fraktionen überlassen bleibt. ⁴Die Fraktion, welche das Thema der Ministerbefragung bestimmt hat, erhält eine zusätzliche Redezeit von eineinhalb Minuten und kann die erste Frage sowie die erste Nachfrage stellen. ⁵Innerhalb der auf die jeweilige Fraktion entfallenden Redezeit dürfen sich die Fragesteller mehrfach zu Wort melden. ⁶§ 104 gilt entsprechend.

(4) ¹Fragen, die nach Form oder Inhalt einen Missbrauch des Fragerechts darstellen, kann der Präsident zurückweisen. ²Im Fall einer Zurückweisung entscheidet auf Antrag des Fragestellers die Vollversammlung ohne Aussprache.

(5) Anträge zur Sache, Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen sind unzulässig.“

9. § 74 erhält folgende Fassung:

„§ 74
 Anfragen zum Plenum

(1) ¹In Plenarwochen, in denen eine Ministerbefragung stattfindet, kann jedes Mitglied des Landtags eine Anfrage zum Plenum an die Staatsregierung richten. ²Die Anfrage zum Plenum muss spätestens bis zum Montag der Sitzungswoche 12.00 Uhr schriftlich beim Landtagsamt eingereicht werden. ³Die Anfragen sind von der Staatsregierung bis zum Donnerstag der Sitzungswoche 9.00 Uhr schriftlich zu beantworten. ⁴Die Anfragen zu einem Plenum werden mit den Antworten als Drucksache gemäß § 181 veröffentlicht.

(2) ¹Die Anfragen zum Plenum müssen kurz gefasst sein und dürfen jeweils maximal drei Unterfragen enthalten. ²Sie haben sich auf die sachliche Fragestellung zu beschränken und sind nur zulässig für Angelegenheiten, in denen die Staatsregierung unmittelbar oder mittelbar zuständig ist.

(3) ¹Fragen, die nach Form oder Inhalt einen Missbrauch des Fragerechts darstellen oder die Voraussetzungen des Abs. 2 nicht erfüllen, kann der Präsident zurückweisen. ²Im Fall einer auf Abs. 2 gestützten Zurückweisung entscheidet auf Antrag des Fragestellers die Vollversammlung ohne Aussprache. ³Im Fall einer Zurückweisung wegen Missbrauchs findet § 67 Abs. 3 sinngemäß Anwendung.“

10. § 111 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) ¹Im Anschluss an einen Debattenbeitrag kann der Präsident das Wort zu einer Zwischenbemerkung pro Fraktion von höchstens zwei Minuten erteilen. ²Auf jede Zwischenbemerkung darf der Redner jeweils bis zu

zwei Minuten antworten. ³Eine Anrechnung der Rededauer auf die Fraktionsredezeiten entfällt. ⁴Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen sind sowohl zu einer Zwischenbemerkung selbst als auch zu ihrer Beantwortung unzulässig.“

11. In § 181 werden nach den Worten „Interpellationen einschließlich Antwort der Staatsregierung“ das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und nach den Worten „Schriftliche Anfragen nach § 72 Abs. 2“ die Wörter „und Anfragen zum Plenum nach § 74“ eingefügt.

12. In der Anlage 1 (Redezeitzeiten gemäß § 107 der Geschäftsordnung) erhält die Nr. 1 folgende Fassung:

„1. **Allgemeine Redezeitregelungen:**

Es gelten – soweit der Ältestenrat keine abweichende Regelung trifft (vgl. Nummer 2) – folgende Redezeiten:

1.1 Erste Lesungen:

1.1.1 Begründung:

5 Minuten je Gesetzentwurf oder Staatsvertrag

1.1.2 Aussprache (grundsätzlich auch bei verbundenen Ersten Lesungen):

5 Minuten je Fraktion

1.2 Zweite Lesungen:

1.2.1 Aussprache zu Gesetzentwürfen:

Bei einer Zweiten Lesung oder zwei verbundenen Zweiten Lesungen:

15 Minuten je Fraktion

Bei drei oder mehr verbundenen Zweiten Lesungen:

30 Minuten je Fraktion

1.2.2 Aussprache zu Staatsverträgen:

Bei einer Zweiten Lesung oder zwei verbundenen Zweiten Lesungen:

5 Minuten je Fraktion

Bei drei oder mehr verbundenen Zweiten Lesungen:

10 Minuten je Fraktion

1.3 Verfassungsstreitigkeiten:

1.3.1 Berichterstattung:

5 Minuten

1.3.2 Aussprache:

5 Minuten je Fraktion

1.4 Interpellationen:

Aussprache:

20 Minuten je Fraktion

1.5 Anträge bzw. Dringlichkeitsanträge, die in den Ausschüssen vorberaten wurden:

Aussprache:

Bei einem Antrag oder bei zwei verbundenen Anträgen:

5 Minuten je Fraktion

Bei drei oder mehr verbundenen Anträgen:

10 Minuten je Fraktion

1.6 Dringlichkeitsanträge, die zum Plenum eingereicht werden:

Die Gesamtredezeit für die Beratung soll vom Ältestenrat so bemessen werden, dass die abschließende Behandlung von mindestens einem Dringlichkeitsantrag jeder Fraktion sichergestellt werden kann und insgesamt, einschließlich der Redezeit der Staatsregierung, eine Behandlungsdauer von zwei Stunden möglichst nicht überschritten wird.

Grundsätzlich gilt:

Jeder Fraktion stehen für die Beratung insgesamt 30 Minuten zur Verfügung. Es ist Sache der Fraktionen, diese Redezeit auf die einzelnen Dringlichkeitsanträge und die jeweiligen Redner zu verteilen.

1.7 Petitionen:

1.7.1 Berichterstattung:

5 Minuten

1.7.2 Aussprache:

5 Minuten je Fraktion

1.8 Immunitätsangelegenheiten:

1.8.1 Berichterstattung:

5 Minuten

1.8.2 Aussprache:

5 Minuten je Fraktion“

Begründung:

Bisher probeweise geltende Regelungen des „Lebendigeren Parlaments“ sollen dauerhaft in die Geschäftsordnung übernommen werden. Außerdem werden einige redaktionelle Änderungen vorgenommen.

Zu 1.

Eine Aussprache zu Gesetzesentwürfen soll in Erster Lesung nur noch auf ausdrücklichen Wunsch der Fraktionen oder der Staatsregierung erfolgen. Ferner wird die bereits jetzt praktizierte Frist für die Einreichung von Gesetzesvorlagen in die Geschäftsordnung übernommen.

Zu 2.

Redaktionelle Änderung (bisher § 51 Abs. 1 Satz 3 GO).

Zu 3.

Anpassung an den neuen Sitzungsrhythmus und die damit verbundenen festen Sitzungselemente. Die Einreichungsfrist für Dringlichkeitsanträge bei einer Mittwoch-Sitzung wird von früher Dienstag, 14.15 Uhr, auf Dienstag, 17.30 Uhr, verlängert; die Einreichungsfrist bei Sitzungsfolgen wird auf Dienstag, 13.30 Uhr verkürzt. Daneben werden redaktionelle Änderungen vorgenommen.

Zu 4.

Anpassung an den neuen Sitzungsrhythmus und die damit verbundenen festen Sitzungselemente. Aktuelle Stunden können zukünftig nach Maßgabe des Sitzungsplans dienstags, mittwochs und bei Sitzungsfolgen stattfinden. Außerdem werden redaktionelle Änderungen vorgenommen.

Zu 5.

Die Aktuelle Stunde soll künftig einschließlich der Redezeit der Staatsregierung nicht länger als eine Stunde dauern. Die Festlegung der Gesamtredezeit der Fraktionen soll zukünftig durch den Ältestenrat erfolgen. Als Redezeit für die Staatsregierung, die aus verfassungsrechtlichen Gründen keiner Reglementierung unterliegen kann, können hierbei vom Ältestenrat beispielsweise zehn Minuten vorgesehen werden. Im Übrigen gelten die bisherigen Grundsätze. Es werden redaktionelle Änderungen vorgenommen.

Zu 6. und 7.

Redaktionelle Änderungen wegen der Einführung der Ministerbefragung und der Anfragen zum Plenum.

Zu 8.

Mit der Vorschrift soll die Ministerbefragung in der zuletzt praktizierten Form (Redezeitbudget für die Fragesteller) in die Geschäftsordnung aufgenommen werden. Die Ministerbefragung soll die frühere Fragestunde ersetzen.

Zu 9.

Mit der Vorschrift sollen die Anfragen zum Plenum in die Geschäftsordnung aufgenommen werden. Die (schriftlich zu beantwortenden) Anfragen zum Plenum sollen die früheren Mündlichen Anfragen ersetzen.

Zu 10.

Zwischenbemerkungen können nunmehr auch bereits in der ersten Rednerrunde erfolgen. Zu jedem Debattenbeitrag darf es nur eine Zwischenbemerkung pro Fraktion geben. Es wird außerdem klargestellt, dass Zwischenbemerkungen und die zugehörigen Antworten nicht wieder Gegenstand von Zwischenfragen oder Zwischenbemerkungen sein dürfen.

Zu 11.

Redaktionelle Änderung wegen der Drucklegung der Anfragen zum Plenum.

Zu 12.

Die allgemeinen Redezeiten werden zu fast allen Beratungsgegenständen gegenüber den bislang geltenden Regelungen erheblich verkürzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

Antrag der Abgeordneten **Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Peter Welnhofer und Fraktion CSU**
Drs. 15/10700

zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Es wird folgende Nummer 1 eingefügt:

„1. § 35 Satz 4 erhält folgende Fassung:

„Die von der Enquete-Kommission beigezogenen Sachverständigen und sonstigen Personen werden entsprechend den Bestimmungen des Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetzes (JVEG) entschädigt.““

2. Die bisherigen Nummern 1 bis 12 werden die Nummern 2 bis 13

Berichterstatter: **Peter Welnhofer**
Mitberichterstatter: **Franz Schindler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen federführend zugewiesen.
Der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur, der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, der Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten, der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes, der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, der Ausschuss für Wirt-

schaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport haben den Antrag mitberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 87. Sitzung am 26. Juni 2008 beraten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: Ablehnung

mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur hat den Antrag in seiner 98. Sitzung am 2. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: 9 Zustimmung, 1 Enthaltung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

4. Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat den Antrag in seiner 100. Sitzung am 2. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

5. Der Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten hat den Antrag in seiner 90. Sitzung am 2. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

6. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 108. Sitzung am 8. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: kein Votum

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Es wird folgende neue Nr. 1 eingefügt:

„1. § 11 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Worte „Angestellten und Arbeiter“ durch das Wort „Arbeitnehmer“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 wird das Wort „Angestellter“ durch das Wort „Arbeitnehmer“ ersetzt.“
2. Die vom federführenden Ausschuss neu eingefügte Nr. 1 wird Nr. 2.
 3. Die bisherigen Nrn. 1 bis 12. des Antrags werden Nrn. 3 bis 14.
7. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 213. Sitzung am 8. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - B90 GRÜ: Ablehnung
- der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses **z u g e s t i m m t**.
8. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Antrag in seiner 104. Sitzung am 9. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - B90 GRÜ: Ablehnung
- der Stellungnahme des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes **z u g e s t i m m t**.
9. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Antrag in seiner 108. Sitzung am 10. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - B90 GRÜ: Ablehnung
- der Stellungnahme des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes **z u g e s t i m m t**.
10. Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat den Antrag in seiner 99. Sitzung am 10. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: 7 Zustimmung, 4 Ablehnung
 - SPD: Ablehnung
 - B90 GRÜ: Ablehnung
- A b l e h n u n g** empfohlen.
11. Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat den Antrag in seiner 105. Sitzung am 10. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - B90 GRÜ: Ablehnung
- der Stellungnahme des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes **z u g e s t i m m t**.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Peter Welnhof**er und **Fraktion CSU**

Drs. 15/10700, 15/11120

Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag

Die Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag vom 9. Juli 2003 (GVBl S. 676; ber. 2004 S. 589, BayRS 1100-3-I), zuletzt geändert am 17. März 2004 (GVBl S. 168), wird wie folgt geändert:

1. § 11 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Worte „Angestellten und Arbeiter“ durch das Wort „Arbeitnehmer“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 wird das Wort „Angestellter“ durch das Wort „Arbeitnehmer“ ersetzt.
2. § 35 Satz 4 erhält folgende Fassung:

„⁴Die von der Enquete-Kommission beigezogenen Sachverständigen und sonstigen Personen werden entsprechend den Bestimmungen des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes (JVEG) entschädigt.“
3. § 51 erhält folgende Fassung:

„§ 51
Erste Lesung

 - (1) ¹Die Gesetzesvorlagen, die spätestens am Tag vor dem Versand der Tagesordnung bis 12.00 Uhr eingereicht werden, sind auf die Tagesordnung der Vollversammlung zu setzen und in Erster Lesung zu behandeln. ²Zwischen der Mitteilung der Gesetzesvorlagen an die Mitglieder des Landtags und der Ersten Lesung muss ein Zeitraum von mindestens zwei Tagen liegen. ³§ 100 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.
 - (2) ¹Eine Aussprache findet nur statt, wenn dies von einer Fraktion oder der Staatsregierung bis zum Versand der Tagesordnung beantragt wird. ²Soweit Gesetzesvorlagen nicht im Ältestenrat behandelt worden sind, kann

die beantragte Aussprache nur im Einvernehmen mit den Fraktionen erfolgen; widerspricht eine Fraktion, kann sie erst in der nächsten vom Ältestenrat vorzubereitenden Plenarsitzung erfolgen. ³In der Aussprache werden lediglich die Grundsätze der Vorlage besprochen.

(3) Wird die Gesetzesvorlage nicht abgelehnt, so beschließt die Vollversammlung, welchem federführenden Ausschuss sie zur Weiterbehandlung zuzuweisen ist.“

4. § 54 wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgender neuer Abs. 1 eingefügt:

„(1) Änderungen zu Gesetzentwürfen in Erster Lesung können nicht beantragt werden.“
 - b) Die bisherigen Abs. 1 bis 3 werden Abs. 2 bis 4.
5. § 60 Abs. 1 Sätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„¹Jede Fraktion kann zu den im Sitzungsplan vorgesehenen Mittwoch- und Donnerstag-Sitzungen bzw. zu Sitzungsfolgen der Vollversammlung (außer bei Sitzungsfolgen, die ausschließlich für Haushaltsberatungen vorgesehen sind) jeweils drei Dringlichkeitsanträge (Kontingentanträge) einreichen, wobei eine Dringlichkeitsprüfung nach Abs. 4 entfällt. ²Dringlichkeitsanträge zur Vollversammlung müssen bei einer Mittwoch-Sitzung spätestens am Dienstag der Sitzungswoche um 17.30 Uhr, bei einer Donnerstag-Sitzung spätestens am Mittwoch der Sitzungswoche um 16.00 Uhr und bei Sitzungsfolgen spätestens am Dienstag der Sitzungswoche um 13.30 Uhr eingereicht werden.“
6. § 65 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Auf Antrag von einer Fraktion findet an den im Sitzungsplan vorgesehenen Dienstag- und Mittwoch-Sitzungen bzw. bei Sitzungsfolgen der Vollversammlung (außer bei Sitzungsfolgen, die ausschließlich für Haushaltsberatungen vorgesehen sind) aus aktuellem Anlass über ein bestimmt bezeichnetes Thema, das von allgemeinem Interesse ist und die Kompetenz des Landes betrifft, eine Aussprache in der Vollversammlung statt.“
 - b) In Abs. 2 Satz 1 wird das Wort „Jahresplan“ durch das Wort „Sitzungsplan“ ersetzt.
 - c) In Abs. 3 Satz 3 werden die Worte „der Ältestenrat nichts anderes“ durch die Worte „nicht eine Ministerbefragung stattfindet oder der Ältestenrat etwas anderes“ ersetzt.

7. § 66 erhält folgende Fassung:

„§ 66
Ablauf

(1) ¹Die Dauer der Aussprache soll einschließlich der Redezeit der Staatsregierung auf eine Stunde beschränkt sein. ²Die Gesamtredezeit der Fraktionen wird vom Ältestenrat bestimmt, der auch die Anzahl der Redner, die jeder Fraktion zustehen und die jeweils nicht länger als fünf Minuten sprechen dürfen, unter Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der Fraktionen (d'Hondt) festlegt. ³Auf keine Fraktion darf mehr als die Hälfte aller Redner der Fraktionen entfallen. ⁴Jede Fraktion erhält mindestens einen Redner. ⁵Die Fraktion, welche die Aktuelle Stunde beantragt hat, kann einen weiteren Redner benennen, auch wenn dadurch die festgelegte Redezeit nach Satz 2 überschritten wird. ⁶Auf Wunsch einer Fraktion kann einer ihrer Redner unter Anrechnung der auf die Fraktion entfallenden Rednerzahl bis zu zehn Minuten sprechen. ⁷Jeder Redner darf nur einmal sprechen.

(2) ¹Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen. ²Abs. 1 Satz 7 gilt in diesem Fall nicht.

(3) ¹Anträge zur Sache, Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen sind unzulässig. ²Erklärungen oder Reden dürfen nicht verlesen werden.“

8. Die Überschrift von Teil IV, 6. Abschnitt, erhält folgende Fassung:

„Interpellationen, Schriftliche Anfragen,
Ministerbefragung, Anfragen zum Plenum
sowie Unmittelbare Auskunftsverlangen“

9. § 72 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Ist die Antwort der Staatsregierung nicht binnen vier Wochen beim Landtag eingegangen, so steht es dem Fragesteller frei, sie entweder durch den Präsidenten monieren zu lassen oder die Anfrage zum nächsten Termin nach § 74 Abs. 1 als Anfrage zum Plenum an die Staatsregierung zu stellen; das Recht des Fragestellers, zum nächsten Termin nach § 74 Abs. 1 eine weitere Anfrage zum Plenum zu stellen, bleibt unberührt.“

10. § 73 erhält folgende Fassung:

„§ 73
Ministerbefragung

(1) ¹Bei den im Sitzungsplan vorgesehenen Dienstag- und Donnerstag-Sitzungen bzw. bei Sitzungsfolgen der Vollversammlung (außer bei Sitzungsfolgen, die ausschließlich für Haushaltsberatungen vorgesehen sind) findet eine Ministerbefragung statt. ²Die Fraktionen haben in abwechselnder Reihenfolge das Recht, das Thema der Ministerbefragung zu bestimmen. ³Die Ministerbefragung entfällt, wenn die antragsberechtigte

Fraktion von ihrem Recht keinen Gebrauch macht. ⁴Das Thema der Ministerbefragung muss von der vorschlagsberechtigten Fraktion spätestens bis zum Montag der Sitzungswoche 12.00 Uhr schriftlich beim Landtagspräsidenten eingereicht werden. ⁵Der Landtagspräsident unterrichtet die übrigen Fraktionen und die Staatsregierung hiervon unverzüglich.

(2) ¹Gegenstand der Ministerbefragung können nur Angelegenheiten sein, für die die Staatsregierung unmittelbar oder mittelbar zuständig ist. ²Mit dem vorgeschlagenen Thema kann nicht die Zitierung eines bestimmten Mitglieds der Staatsregierung verbunden werden. ³Die Festlegung der Zuständigkeit für die Beantwortung bleibt der Staatsregierung vorbehalten. ⁴Hält der Präsident das Thema für unzulässig oder für ungeeignet, führt er zu Beginn der Sitzung eine Entscheidung der Vollversammlung herbei.

(3) ¹Sofern der Ältestenrat nichts anderes beschließt, soll die Sitzung mit der Ministerbefragung beginnen. ²In der Ministerbefragung haben die Mitglieder des Landtags das Recht, Fragen an das für die Beantwortung zuständige Mitglied der Staatsregierung zu stellen. ³Jeder Fraktion steht hierfür ein Redezeitkontingent von insgesamt höchstens dreieinhalb Minuten zur Verfügung, wobei die Aufteilung der Redezeit auf einzelne Fragesteller den Fraktionen überlassen bleibt. ⁴Die Fraktion, welche das Thema der Ministerbefragung bestimmt hat, erhält eine zusätzliche Redezeit von eineinhalb Minuten und kann die erste Frage sowie die erste Nachfrage stellen. ⁵Innerhalb der auf die jeweilige Fraktion entfallenden Redezeit dürfen sich die Fragesteller mehrfach zu Wort melden. ⁶§ 104 gilt entsprechend.

(4) ¹Fragen, die nach Form oder Inhalt einen Missbrauch des Fragerechts darstellen, kann der Präsident zurückweisen. ²Im Fall einer Zurückweisung entscheidet auf Antrag des Fragestellers die Vollversammlung ohne Aussprache.

(5) Anträge zur Sache, Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen sind unzulässig.“

11. § 74 erhält folgende Fassung:

„§ 74
Anfragen zum Plenum

(1) ¹In Plenarwochen, in denen eine Ministerbefragung stattfindet, kann jedes Mitglied des Landtags eine Anfrage zum Plenum an die Staatsregierung richten. ²Die Anfrage zum Plenum muss spätestens bis zum Montag der Sitzungswoche 12.00 Uhr schriftlich beim Landtagsamt eingereicht werden. ³Die Anfragen sind von der Staatsregierung bis zum Donnerstag der Sitzungswoche 9.00 Uhr schriftlich zu beantworten. ⁴Die Anfragen zu einem Plenum werden mit den Antworten als Drucksache gemäß § 181 veröffentlicht.

(2) ¹Die Anfragen zum Plenum müssen kurz gefasst sein und dürfen jeweils maximal drei Unterfragen enthalten. ²Sie haben sich auf die sachliche Fragestellung

zu beschränken und sind nur zulässig für Angelegenheiten, in denen die Staatsregierung unmittelbar oder mittelbar zuständig ist.

(3) ¹Fragen, die nach Form oder Inhalt einen Missbrauch des Fragerechts darstellen oder die Voraussetzungen des Abs. 2 nicht erfüllen, kann der Präsident zurückweisen. ²Im Fall einer auf Abs. 2 gestützten Zurückweisung entscheidet auf Antrag des Fragestellers die Vollversammlung ohne Aussprache. ³Im Fall einer Zurückweisung wegen Missbrauchs findet § 67 Abs. 3 sinngemäß Anwendung.“

12. § 111 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) ¹Im Anschluss an einen Debattenbeitrag kann der Präsident das Wort zu einer Zwischenbemerkung pro Fraktion von höchstens zwei Minuten erteilen. ²Auf jede Zwischenbemerkung darf der Redner jeweils bis zu zwei Minuten antworten. ³Eine Anrechnung der Rededauer auf die Fraktionsredezeiten entfällt. ⁴Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen sind sowohl zu einer Zwischenbemerkung selbst als auch zu ihrer Beantwortung unzulässig.“

13. In § 181 werden nach den Worten „Interpellationen einschließlich Antwort der Staatsregierung“ das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und nach den Worten „Schriftliche Anfragen nach § 72 Abs. 2“ die Worte „und Anfragen zum Plenum nach § 74“ eingefügt.

14. In der Anlage 1 (Redezeiten gemäß § 107 der Geschäftsordnung) erhält Nr. 1 folgende Fassung:

„1. **Allgemeine Redezeitregelungen:**

Es gelten – soweit der Ältestenrat keine abweichende Regelung trifft (vgl. Nummer 2) – folgende Redezeiten:

1.1 Erste Lesungen:

1.1.1 Begründung:

5 Minuten je Gesetzentwurf oder Staatsvertrag

1.1.2 Aussprache

(grundsätzlich auch bei verbundenen Ersten Lesungen)

5 Minuten je Fraktion

1.2 Zweite Lesungen:

1.2.1 Aussprache zu Gesetzentwürfen:

Bei einer Zweiten Lesung oder zwei verbundenen Zweiten Lesungen:

15 Minuten je Fraktion

Bei drei oder mehr verbundenen Zweiten Lesungen:

30 Minuten je Fraktion

1.2.2 Aussprache zu Staatsverträgen:

Bei einer Zweiten Lesung oder zwei verbundenen Zweiten Lesungen:

5 Minuten je Fraktion

Bei drei oder mehr verbundenen Zweiten Lesungen:

10 Minuten je Fraktion

1.3 Verfassungsstreitigkeiten:

1.3.1 Berichterstattung:

5 Minuten

1.3.2 Aussprache:

5 Minuten je Fraktion

1.4 Interpellationen:

Aussprache:

20 Minuten je Fraktion

1.5 Anträge bzw. Dringlichkeitsanträge, die in den Ausschüssen vorberaten wurden:

Aussprache:

Bei einem Antrag oder bei zwei verbundenen Anträgen:

5 Minuten je Fraktion

Bei drei oder mehr verbundenen Anträgen:

10 Minuten je Fraktion

1.6 Dringlichkeitsanträge, die zum Plenum eingereicht werden:

Die Gesamtredezeit für die Beratung soll vom Ältestenrat so bemessen werden, dass die abschließende Behandlung von mindestens einem Dringlichkeitsantrag jeder Fraktion sichergestellt werden kann und insgesamt, einschließlich der Redezeit der Staatsregierung, eine Behandlungsdauer von zwei Stunden möglichst nicht überschritten wird.

Grundsätzlich gilt:

Jeder Fraktion stehen für die Beratung insgesamt 30 Minuten zur Verfügung. Es ist Sache der Fraktionen, diese Redezeit auf die einzelnen Dringlichkeitsanträge und die jeweiligen Redner zu verteilen.

1.7 Petitionen:

1.7.1 Berichterstattung:

5 Minuten

1.7.2 Aussprache:

5 Minuten je Fraktion

1.8 Immunitätsangelegenheiten:

1.8.1 Berichterstattung:

5 Minuten

1.8.2 Aussprache:

5 Minuten je Fraktion.“

Der Präsident

Alois Glück

Plenarprotokoll Nr. 130 vom 17.07.2008

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 18.08.2008

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)